

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 50 | 16.12.2016

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl II 375/2016](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der die Verordnung zur Durchführung des **Abgabenverwaltungsorganisationsgesetzes 2010** geändert wird

[BGBl II 379/2016](#)

Verordnung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie, mit der die Austro Control-Gebührenverordnung geändert wird (**ACGV-Novelle 2016**)

[BGBl II 388/2016 \(Anlage I; Anlage II; Anlage III\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft betreffend den **Frauenförderungsplan** für den Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft

[BGBl II 389/2016](#)

Verordnung der Bundesregierung, mit der die Anzahl der quotenpflichtigen Aufenthaltstitel und die Höchstzahlen der Beschäftigungsbewilligungen für befristet beschäftigte Fremde und Erntehelfer für das Jahr 2017 festgelegt werden (**Niederlassungsverordnung 2017 – NLV 2017**)

[BGBl III 220/2016 \(Anlage\)](#)

Luftverkehrsabkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung des **Königreichs der Niederlande**, in Bezug auf Curaçao

II. AMTSBLATT DER EU

[ABl L 336 v 10.12.2016, 1](#)

Beschluss (EU) 2016/2220 des Rates vom 2. Dezember 2016 über den Abschluss — im Namen der Europäischen Union — des Abkommens zwischen den **Vereinigten Staaten von Amerika** und der Europäischen Union über den **Schutz personenbezogener Daten** bei der **Verhütung, Untersuchung, Aufdeckung und Verfolgung von Straftaten**

[ABI L 336 v 10.12.2016, 3](#)

Abkommen zwischen den **Vereinigten Staaten von Amerika** und der Europäischen Union über den **Schutz personenbezogener Daten** bei der **Verhütung, Untersuchung, Aufdeckung** und Verfolgung von **Straftaten**

[ABI L 338 v 13.12.2016, 1](#)

Verordnung (EU) 2016/2134 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. November 2016 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr 1236/2005 des Rates betreffend den **Handel mit bestimmten Gütern**, die zur **Vollstreckung der Todesstrafe**, zu **Folter** oder zu anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe verwendet werden könnten

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

24.11.2016, [A 9/2016](#); [A10/2016](#)

NormverbrauchsabgabeG; Zurückweisung einer Staatshaftungsklage wegen mangelhafter Umsetzung bzw Nicht-Anwendung von Unionsrecht durch **Einhebung eines CO2-Malus** nach dem NormverbrauchsabgabeG; keine Darlegung eines qualifizierten Verstoßes gegen Unionsrecht

24.11.2016, [V 147/2015](#)

StraßenverkehrsO; Abweisung des Antrags des Verwaltungsgerichts Wien auf Aufhebung einer **Verordnung betreffend eine Geschwindigkeitsbeschränkung** auf der Siebenbürgerstraße angesichts der vorgenommenen Interessenabwägung

24.11.2016, [V 41/2016](#)

Vbg CampingplatzG; Abweisung des Antrags des Landesvolksanwalts von Vorarlberg auf **Aufhebung der CampingVO** der Stadt Dornbirn

24.11.2016, [E 652/2016](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch **Versagung eines Einreisetitels** für eine afghanische Familie wegen **Unterlassens der Ermittlungstätigkeit** zur Frage des Bestehens eines Familienverhältnisses zur in Österreich subsidiär schutzberechtigten Bezugsperson

24.11.2016, [E 1063/2016](#)

BundesabgabenO; Verletzung im Gleichheitsrecht durch **Versagung des Abzugs von Betriebsausgaben** an Fremdleistungsfirmen infolge nicht nachvollziehbarer, willkürlicher Begründung

24.11.2016, [E 1079/2016](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Durchführung einer mündlichen Verhandlung** durch Abweisung des Asylantrags eines somalischen Staatsangehörigen; keine hinreichende Klärung des Sachverhalts hinsichtlich der mangelnden Glaubwürdigkeit des Fluchtvorbringens

24.11.2016, [E 1085/2016 ua](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Zurückweisung des Antrags einer aus dem Kosovo stammenden Familie auf **internationalen Schutz** und Feststellung der Zuständigkeit Sloweniens sowie Anordnung der **Außerlandesbringung** mangels Auseinandersetzung mit dem Parteivorbringen und der Aktenlage im Hinblick auf das mehrfache Krankheitsbild des Viertbeschwerdeführers und eine Behandlungsmöglichkeit in Slowenien

29.11.2016, [G 370/2016](#)

WohnungsgemeinnützigkeitsG; VfGG; Verfassungswidrigkeit der **generellen Ausnahme** aller in einer Bestimmung des WohnungsgemeinnützigkeitsG geregelten Verfahren von der Möglichkeit der **Stellung eines Parteiantrags auf Normenkontrolle**; keine Erforderlichkeit im Sinne einer Unerlässlichkeit der Regelung des VfGG

29.11.2016, [E 847/2016](#)

FremdenpolizeiG; AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Abweisung eines Antrags auf Erteilung einer „**Aufenthaltsberechtigung besonderer Schutz**“ wegen Nichterfüllung der Voraussetzung des Ablaufs der Jahresfrist seit Ausstellung der Karte für Geduldete; ex lege eingetretene Duldung nach der vor Inkrafttreten des FremdenrechtsänderungsG geltenden Rechtslage mit Blick auf eine Übergangsbestimmung zu berücksichtigen; Willkür mangels Auseinandersetzung mit der Frage einer ex lege eingetretenen Duldung

30.11.2016, [G 253/2016](#)

VfGG; Aufhebung der Bestimmung des VfGG über die **Wiedereinsetzung in den vorigen Stand** wegen **Widerspruchs zum Gleichheitssatz** und zum Rechtsstaatsprinzip

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

04.11.2016, [Ra 2016/05/0014](#)

VwGVG; bei sachverhaltsbezogenen Vorbringen der rw Parteien ist vom VwG eine **mündliche Verhandlung** durchzuführen; ebenso, um eine strittige Rechtsfrage zwischen den Parteien und dem Gericht zu klären, und ferner ist auch eine ergänzende Beweiswürdigung durch das VwG regelmäßig erst nach einer mündlichen Verhandlung rechtmäßig; Rechtswidrigkeit der Entscheidung unabhängig von der Relevanz des Verfahrensmangels der Unterlassung einer Verhandlung, sofern eine Verhandlung nach Art 6 EMRK geboten ist; ggst wäre eine mündliche Verhandlung geboten gewesen

04.11.2016, [Ro 2014/05/0029](#)

BauO für Wien; Versagung der **Parteistellung** hinsichtlich einer Abänderungen eines bewilligten Bauvorhabens; unter Beachtung des Sachlichkeitsgebots ist bei verfassungskonformer Auslegung der §§ 62 und 134 Abs 5 iVm § 134a Abs 1 BauO für Wien dem **Nachbarn** im **Bauanzeigeverfahren** gem § 62 leg cit die auf die Frage der Überprüfung der Zulässigkeit des Bauanzeigeverfahrens beschränkte Parteistellung zuzubilligen

11.11.2016, [Ra 2016/08/0089](#)

VwGVG; im Fall **widersprechender prozessrelevanter Behauptungen** gehört es zu den grundlegenden Pflichten des VwG, dem auch im § 24 VwGVG verankerten Unmittelbarkeitsprinzip Rechnung zu tragen und sich als Gericht im Rahmen einer **mündlichen Verhandlung** einen persönlichen Eindruck von der Glaubwürdigkeit von Zeugen bzw Parteien zu verschaffen und insbesondere darauf seine Beweiswürdigung zu gründen; ggst wäre eine mündliche Verhandlung geboten gewesen

15.11.2016, [Ra 2016/01/0189](#); [Ra 2016/01/0192](#)

BFA-VerfahrensG; die rechtsrichtige **Anwendung des § 21 Abs 3** BFA-VerfahrensG setzt eine „Beschwerde gegen die Entscheidung im Zulassungsverfahren“ voraus; auf die Frage, ob die Verwaltungsbehörde irrtümlich davon ausgegangen ist, dass der Antrag auf internationalen Schutz nicht zurückzuweisen sei, kommt es bei der Beurteilung nach § 21 Abs 3 leg cit nicht an; eine Entscheidung nach § 21 Abs 3 zweiter Satz leg cit stellt **keine Entscheidung in der Sache** dar, und hat demnach gem § 31 Abs 1 VwGVG in Form eines Beschlusses zu ergehen

22.11.2016, [Ra 2016/03/0025](#)

EisenbahnG; Errichtung eines Zauns mit doppelreihigem Stacheldraht ohne **eisenbahnbehördliche Ausnahmebewilligung**; die **Beseitigungsanordnung** der Behörde nach § 44 EisenbahnG ist darauf gerichtet, den verbotswidrigen Zustand rückgängig zu machen; sie ist jedoch keine Grundlage dafür, dass die Behörde dem Anrainer über Antrag der Eisenbahn die Einhaltung einer allfälligen zivilrechtlichen Einigung mit dem Eisenbahnunternehmen aufträgt; auch deckt § 44 leg cit keinen

Auftrag an den Verfügungsberechtigten einer bahnfremden Anlage, bestimmte Auflagen in einer behördlichen Ausnahmebewilligung zu erfüllen

22.11.2016, [Ra 2016/03/0090](#)

Vbg Landes-SicherheitsG; § 7 Abs 1 und 2 des Vbg Landes-SicherheitsG verbieten **unterschiedliche (qualifizierte) Formen** der **Bettelei**; dem Gesetz lässt sich nicht entnehmen, dass Personen, die selbst betteln und dadurch allenfalls Tatbestände des § 7 Abs 1 leg cit erfüllen, nicht auch nach § 7 Abs 2 leg cit strafbar sein können; die Tatbestände haben unterschiedliche, verpönte Verhaltensweisen im Zusammenhang mit der Bettelei im Blick, erfüllen daher auch verschiedene Schutzzwecke und können einander insofern nicht ausschließen oder konsumieren

23.11.2016, [Ro 2016/04/0013](#)

Energie-Control-G; Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsG; Erlassung eines Kostenfeststellungsbescheids; das Bestehen des **Unterrichtungsrechts** nach § 5 Abs 3 Energie-Control-G steht unabhängig von seiner Anwendbarkeit im Einzelfall der **Einrichtung der E-Control** als unabhängig nicht entgegen und führt sohin auch nicht für sich genommen zur Unzuständigkeit der E-Control

24.11.2016, [Ro 2014/07/0101](#)

WasserrechtsG; § 104a Abs 2 Z 2 WasserrechtsG enthält zwei Tatbestände, die durch „und/oder“ zueinander in Beziehung gesetzt sind; es handelt sich um zwei **alternative Tatbestände** (übergeordnetes öffentliches Interesse oder überwiegender Nutzen für Gesundheit, Sicherheit und nachhaltige Entwicklung); dies bedeutet, dass auch bei jenen Vorhaben, für die Gemeinwohlbelange nicht in einem solchen Ausmaß in Anschlag gebracht werden können, dass es für ein übergeordnetes öffentliches Interesse reicht, der Weg einer **Ausnahmebewilligung** nicht verschlossen bleiben soll; dies aber nur, wenn ein Nutzen für bestimmte öffentliche Interessen vorliegt (Gesundheit, Sicherheit und nachhaltige Entwicklung), der dann den Nutzen der Umweltziele des WasserrechtsG übertreffen muss

24.11.2016, [Ra 2016/02/0045](#)

KraftfahrG; Verhängung einer Geldstrafe wegen **Verwendung einer abgelaufenen Begutachtungsplakette**; bei mehrfachem Verwenden eines Kraftfahrzeugs ohne der dem Gesetz entsprechenden Begutachtungsplakette an verschiedenen Tagen innerhalb eines bestimmten Zeitraums handelt es sich nicht um ein **Dauerdelikt**; dies schon deshalb, weil es sich dabei nicht um die Unterlassung der Beseitigung eines rechtswidrigen Zustands handelt

24.11.2016, [Ra 2016/02/0173](#)

KraftfahrG; Verhängung einer Geldstrafe wegen **Verwendung einer beschädigten Begutachtungsplakette**; aus dem klaren Wortlaut des § 36 lit e KraftfahrG ergibt sich, dass eine Person, die wann immer ein unter diese Regelung fallendes Fahrzeug auf einer Straße mit öffentlichem Verkehr verwendet, darauf zu achten hat, dass eine den Vorschriften entsprechende Begutachtungsplakette am Fahrzeug angebracht ist; diese Verpflichtung trifft die das Fahrzeug verwendende Person insbesondere auch dann, wenn eine Begutachtungsplakette den Vorschriften entsprechend ausgestellt und am Fahrzeug angebracht, jedoch durch eine dritte Person beschädigt oder gänzlich entfernt worden ist

C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 16.11.2016, [W219 2116147-1](#); [W219 2139751-1](#)

TelekommunikationsG; auch wenn ein **bevorrechteter Gläubigerschutzverband** gem § 266 InsolvenzO schwer oder kaum zugängliche Informationen zur Wahrung der Gläubigerinteressen per E-Mail versendet, so liegt doch eine **Direktwerbung iSd § 107 Abs 2 Z 1 TelekommunikationsG** vor, wenn im Anschluss für Inanspruchnahme von Leistungen dieses Gläubigerschutzverbands geworben wird

LVwG Stmk 28.09.2016, [LVwG 43.25-2053/2016](#)

GewO; bei der Anmeldung des **Gewerbes des Ingenieurbüros** ist das **Fachgebiet** iSd § 134 Abs 1 GewO verpflichtend anzugeben; dabei handelt es sich bei den die Ausbildung im jeweiligen Fachgebiet regelnden Ausbildungsvorschriften, wie etwa Lehrplänen, um einschlägige Rechtsvorschriften iSd § 29 erster Satz leg cit, die zur Bestimmung des Umfangs des je-

weiligen Fachgebiets primär heranzuziehen sind; die Gewerbeberechtigung für das Gewerbe des Ingenieurbüros auf dem Fachgebiet der Innenarchitektur umfasst im Rahmen eines Dachbodenausbaus sowohl die Planung und Bauüberwachung der im Inneren des Gebäudes gelegenen Räume als auch die Planung und Bauüberwachung der Gaupen, Terrassen und Balkone, die mit der Innenraumgestaltung in Zusammenhang stehen, sofern die konstruktive Bearbeitung und statische Berechnung der statisch relevanten Bauteile durch befugte Dritte vorgenommen werden

LVwG Vbg 09.12.2016, [LVwG-352-1/2016-R9](#)

Vbg AuskunftsG; die **Weitergabe personenbezogener Daten** über die an (juristische) Personen gewährten Fördermittel an einen Dritten stellt, unabhängig von der späteren Verwendung der übermittelten Informationen, eine Beeinträchtigung des Rechts der Betroffenen auf Achtung ihres Privatlebens und damit einen **Eingriff iSv Artikel 8 EMRK** dar; dies gilt auch für die Weitergabe von Daten über juristische Personen, auch wenn diese Daten in geringerem Maße die Identität der Person betreffen und insofern weniger sensibel sind als Daten zum intimsten Privatleben von Betroffenen

LVwG Wien 21.11.2016, [VGW-151/065/6978/2016 ua](#)

StaatsbürgerschaftsG; wird ein Kinderbetreuungsgeld nach dem KinderbetreuungsgeldG bezogen, so muss man bei der **Beurteilung des gesicherten Lebensunterhalts** gem § 10 Abs 1 Z 7 iVm Abs 5 letzter Satz StaatsbürgerschaftsG nicht nur die unmittelbaren sechs Monate vor der Antragstellung als gesichert beurteilen, sondern diese Beurteilung auch auf die Zeit davor, in der Kinderbetreuungsgeld bezogen wurde, erstrecken

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[14.12.2016, Rs C-171/15, *Connexion Taxi Services*](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – **Öffentliche Dienstleistungsaufträge** – Richtlinie 2004/18/EG – Art 45 Abs 2 – Persönliche Lage des Bewerbers bzw. Bieters – Fakultative Ausschlussklauseln – **Schwere berufliche Verfehlung** – Nationale Regelung, die eine Einzelfallprüfung unter Anwendung des **Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit** vorsieht – Entscheidungen der öffentlichen Auftraggeber – Richtlinie 89/665/EWG – Gerichtliche Nachprüfung

[14.12.2016, Rs C-238/15, *Bragança Linares Verruga ua*](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – **Freizügigkeit** – **Gleichbehandlung** – Soziale Vergünstigungen – Verordnung (EU) Nr 492/2011 – Art 7 Abs 2 – Finanzielle **Studienbeihilfe** – Für Studenten, die **nicht im Hoheitsgebiet des betreffenden Mitgliedstaats ansässig** sind, geltende Bedingung, dass ihre Eltern für eine ununterbrochene Dauer von mindestens fünf Jahren in diesem Mitgliedstaat unselbständig oder selbständig beruflich tätig gewesen sein müssen – **Mittelbare Diskriminierung** – **Rechtfertigung** – Ziel der Erhöhung des Anteils der gebietsansässigen Personen mit Hochschulabschluss – Geeignetheit – **Verhältnismäßigkeit**

[14.12.2016, Rs C-378/15, *Mercedes Benz Italia*](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – **Steuerrecht** – Mehrwertsteuer – Richtlinie 77/388/EWG – Art 17 Abs 5 Unterabs 3 Buchst d – Geltungsbereich – Anwendung eines **Pro-rata-Vorsteuerabzugssatzes** bei der Mehrwertsteuer auf den Erwerb der Gesamtheit der von einem Steuerpflichtigen genutzten Gegenstände und Dienstleistungen – **Hilfsumsätze** – Verwendung des Umsatzes als Anhaltspunkt

[14.12.2016, Rs C-577/15 P, *SV Capital / ABE*](#)

Rechtsmittel – Antrag auf Einleitung einer Untersuchung gegen die estnische und die finnische **Finanzaufsichtsbehörde** – Beschluss der Europäischen Bankenaufsicht (EBA) – Beschluss des Beschwerdeausschusses der Europäischen Finanzaufsichtsbehörden – Verordnung (EU) Nr 1093/2010 – Art 17 und 60 – Beschwerdeausschuss – **Klagefrist** – **Entschuldbarer Irrtum**

[15.12.2016, Rs C-256/15, Nemeč](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – Richtlinie 2000/35/EG – Bekämpfung von **Zahlungsverzug** – Zuständigkeit des Gerichtshofs – Rechtsgeschäft, das vor dem Beitritt der Republik Slowenien zur Europäischen Union abgeschlossen wurde – Anwendungsbereich – Begriff ‚**Geschäftsverkehr**‘ – Begriff ‚**Unternehmen**‘ – Obergrenze für **Verzugszinsen**

[15.12.2016, verb Rs C-401/15 bis C-403/15, Depesme und Kerrou](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – **Freizügigkeit** – Rechte der Arbeitnehmer – **Gleichbehandlung** – Soziale Vergünstigungen – Finanzielle **Studienbeihilfe** – Abstammungsvoraussetzung – Begriff ‚**Kind**‘ – Kind des Ehepartners oder eingetragenen Lebenspartners – Beitrag zum **Unterhalt** dieses Kindes

[15.12.2016, Rs C-558/15, Vieira de Azevedo ua](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – Kraftfahrzeug-**Haftpflichtversicherung** und Kontrolle der entsprechenden Versicherungspflicht – Richtlinie 2000/26/EG – Art 4 Abs 5 – **Versicherungsunternehmen** – **Schadenregulierungsbeauftragter** – Ausreichende Vertretungsbefugnisse – Klage vor den Gerichten

[15.12.2016, Rs C-667/15, Nationale Loterij](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – Richtlinie 2005/29/EG – **Unlautere Geschäftspraktiken** von Unternehmen gegenüber Verbrauchern – Irreführende Geschäftspraxis – **Schneeballsystem** – Von neuen Teilnehmern gezahlte Beiträge und von bereits vorhandenen Teilnehmern bezogene Vergütungen – Mittelbarer finanzieller Zusammenhang

[15.12.2016, Rs C-700/15, LEK](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – Kombinierte Nomenklatur – **Tarifierung der Waren** – Nahrungsergänzungsmittel der Tarifposition 2106 – Wirkstoff als wesentlicher Bestandteil – Eventuelle Einreihung in Kapitel 30 der Kombinierten Nomenklatur – Aufmachung und Vermarktung der Erzeugnisse als **Arzneimittel**

B. SCHLUSSANTRÄGE

[13.12.2016, Rs C-571/15, Wallenborn Transportsz \(GA Campos Sánchez-Bordona\)](#)

Steuerwesen – Mehrwertsteuer – **Grenzüberschreitender Warenverkehr** – Ort des steuerbaren Umsatzes – Beförderung von Waren über einen Freihafen in einem Mitgliedstaat – Regelung dieses Mitgliedstaats, nach der die **Freihäfen** nicht zum Staatsgebiet gehören – Entstehen von **Zollschuld** und Mehrwertsteueranspruch bei Entziehung aus der zollamtlichen Überwachung

[15.12.2016, Rs C-652/15, Tekdemir \(GA Mengozzi\)](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und der **Türkei** – **Aufenthaltsrecht der Familienangehörigen** eines türkischen Arbeitnehmers, der dem regulären Arbeitsmarkt eines Mitgliedstaats angehört – **Stillhalteklausele** – Art 13 des Beschlusses Nr 1/80 – Neue Beschränkung – Verpflichtung für Minderjährige unter 16 Jahren, einen Aufenthaltstitel zu besitzen – In Deutschland geborenes Kind eines türkischen Arbeitnehmers – Verpflichtung, sich zur Beantragung des Aufenthaltstitels in die Türkei zu begeben – Etwasiges Vorliegen eines **zwingenden Grundes des Allgemeininteresses**, der neue Beschränkungen rechtfertigt – Wirksame Steuerung der **Migrationsströme** – **Verhältnismäßigkeit**

[15.12.2016, Rs C-672/15, Noria Distribution \(GA Bobek\)](#)

Nahrungsergänzungsmittel – Vitamine und Mineralstoffe – **Gegenseitige Anerkennung** – Festsetzung von Tageshöchst-dosen“

C. GERICHT

[14.12.2016, T-154/16, Grid applications / EUIPO \(APlan\)](#)

Unionsmarke – Anmeldung der Unionswortmarke APlan – **Absolutes Eintragungshindernis** – Beschreibender Charakter – Art 7 Abs 1 Buchst c der Verordnung (EG) Nr 207/2009

[15.12.2016, T-212/15, Aldi / EUIPO - Miquel Alimentació Grup \(Gourmet\)](#)

Unionsmarke – Widerspruchsverfahren – Anmeldung der Unionsbildmarke Gourmet – Ältere nationale Wort- und Bildmarken GOURMET und Gourmet – **Relatives Eintragungshindernis** – **Verwechslungsgefahr** – **Zeichenähnlichkeit** – Art 8 Abs 1 Buchst b der Verordnung (EG) Nr 207/2009

[15.12.2016, T-227/15, Redpur / EUIPO - Redwell Manufaktur \(Redpur\)](#)

Unionsmarke – Widerspruchsverfahren – Anmeldung der Unionswortmarke Redpur – Ältere Unionsbildmarke redwell INFRAROT HEIZUNGEN – **Relatives Eintragungshindernis** – **Verwechslungsgefahr** – Art 8 Abs 1 Buchst b der Verordnung (EG) Nr 207/2009

[15.12.2016, T-330/15, Keil / EUIPO - NaturaFit Diätetische Lebensmittelproduktions \(BasenCitrato\)](#)

Unionsmarke – **Nichtigkeitsverfahren** – Unionswortmarke BasenCitrato – **Absolutes Eintragungshindernis** – Beschreibender Charakter – Art 7 Abs 1 Buchst b und c der Verordnung (EG) Nr 207/2009

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

13.12.2016, Beschwerde Nr [26623/07](#), *Eylem Kaya / Türkei*

Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); systematische **Überwachung** der **Korrespondenz** des **inhaftierten** Bf mit seinem **Rechtsbeistand** ohne entsprechende Rechtsmittel dagegen als ungerechtfertigter Eingriff in sein Recht auf Achtung seines Privat- und Familienlebens

13.12.2016, Beschwerde Nr [41738/10](#), *Paposhvili / Belgien (GK)*

Verletzung von **Art 3** (Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung) und **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); **mangelnde Untersuchung** des **Gesundheitszustands** im Fall des schwer kranken Bf vor seiner **Abschiebung** nach Georgien; ferner unzureichende Prüfung der Folgen seiner Abschiebung auf sein Familienleben

13.12.2016, Beschwerde Nr [53080/13](#), *Bélané Nagy / Ungarn (GK)*

Verletzung von **Art 1 1. ZP EMRK** (Eigentumsfreiheit); der Bf, die knapp 10 Jahre eine **Behindertenrente** empfangen hatte, wurde diese **infolge** einer **Gesetzesnovelle verweigert**, da sie die entsprechenden Voraussetzungen nicht mehr erfüllte; **unverhältnismäßiger** Eingriff in Eigentumsfreiheit, da einer schutzbedürftigen („vulnerable“) Person die einzige Einnahmequelle entzogen wurde; fehlende gesetzliche Übergangsregelungen

15.12.2016, Beschwerde Nr [16483/12](#), *Khlaifia / Italien (GK)*

Keine Verletzung von **Art 4 4. ZP EMRK** (Verbot der Kollektivausweisung von Ausländern) und **Art 3 EMRK** (Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung); **Verletzung** von **Art 5 EMRK** (Recht auf Freiheit und Sicherheit); keine konventionswidrige **Kollektivausweisung** im Fall der Bf **Bootsflüchtlinge**, die im Jahr 2011 nach einer Anhaltung in einem Aufenthaltszentrum auf **Lampedusa** sowie auf einem Schiff nach Tunesien abgeschoben wurden; hinreichende Möglichkeit für Bf, Gründe gegen ihre Abschiebung geltend zu machen

15.12.2016, Beschwerde Nr [36487/12](#), M. P. / *Finnland*

Verletzung von Art 10 EMRK (Recht auf freie Meinungsäußerung); **konventionswidrige Verurteilung** der Bf wegen **Rufschädigung**, da sie zweimal in vertraulichen Gesprächen mit einem Sozialarbeiter den Vater ihrer Tochter (ungerechtfertigt) des **sexuellen Missbrauchs** an ihrer Tochter **bezichtigt** hatte; keine hinreichende Interessenabwägung

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth, Univ.-Ass. Mag. Vaheen Said, Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sebastian Mauernböck, Wiss.-Mit. Mag. Sarah Heiml, Wiss.-Mit. Benedikt Berger.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.